

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2002-2006

Antrag:

Vom Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2002-2006 des Stadtrates von Winterthur wird Kenntnis genommen.

Weisung:

1. Ausgangslage

Nach dem Amtsantritt am 22. Mai 2002 legte der Stadtrat als politisches Programm die Schwerpunkte für die vierjährige Legislaturperiode fest und unterbreitete sie dem Grossen Gemeinderat und der Öffentlichkeit. Das Stadtparlament nahm zustimmend davon Kenntnis und ergänzte das Programm durch sieben Planungsbeschlüsse. In der Folge dienten die Legislatorschwerpunkte dem Stadtrat als Leitlinie für seine Tätigkeit, und er wich nur dort davon ab, wo sich in der Zwischenzeit die Rahmenbedingungen grundlegend veränderten. In der Mitte der Amtszeit, im Sommer 2004, zog der Stadtrat eine Zwischenbilanz und stellte fest, dass in allen Schwerpunktbereichen deutliche Fortschritte erkennbar waren. In der zweiten Hälfte der Amtszeit wurde die Tätigkeit im Sinne des Programms fortgesetzt. Im Hinblick auf das Ende der Amtsperiode im kommenden Frühjahr hat der Stadtrat nun eine Gesamtbeurteilung über die Zielerreichung vorgenommen. Diese ist auf den Realisierungsstand am 1. Oktober 2005 ausgerichtet.

2. Gesamtbeurteilung

Das zu Beginn der Legislatur vorgelegte Schwerpunktprogramm zielte darauf ab, dass sich die Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht besser entwickelt, ihre Position als Zentrum im Norden des Kantons Zürich festigt, die vorhandenen Werte vor allem im Bildungs- und Kulturbereich pflegt und stärkt und auf allen Ebenen geeignete Massnahmen zugunsten der Lebensqualität für die Winterthurer Bevölkerung umsetzt. Während der ganzen Legislaturperiode standen diese Zielsetzungen für den Stadtrat im Vordergrund.

Heute, nach dreieinhalb Jahren, sind deutliche Fortschritte sichtbar. Das ist nicht allein das Verdienst der Politik, sondern vieler weiterer Akteure aus Wirtschaft, Bildung und Kultur. Es ist letztlich auch das Selbstbewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner, die das Image einer Stadt ausmachen. Die jüngste Entwicklung von Winterthur findet Beachtung, das belegen auch die Spitzenränge, welche Winterthur in Städtevergleichen einnimmt. Winterthur wird vermehrt als aufstrebende Stadt wahrgenommen und das Vertrauen in den Standort Winterthur hat zweifellos zugenommen. Dies ist – wie erwähnt – nicht allein das Verdienst

der politischen Führung. Diese kann aber Entwicklungen anstossen und fördern, die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, bei unterschiedlichsten Interessenskreisen Überzeugungsarbeit leisten und mit engagiertem Lobbying auf den übergeordneten Ebenen von Kanton und Bund versuchen, Einfluss zu nehmen. Dieser Aufgabe hat sich der Stadtrat seit 2002 in besonderem Masse gewidmet.

Priorität in den Legislatorschwerpunkten hatte die wirtschaftliche Entwicklung von Winterthur. Auf diesen Bereich legte der Stadtrat in der Folge auch die grössten Anstrengungen, ohne die anderen Bereiche zu vernachlässigen. Der Stadtrat hat seit 2002 seine Aktivitäten, insbesondere die Zusammenarbeit mit Investoren und Wirtschaftsvertretern stark intensiviert. Es sind denn auch erhebliche Erfolge sichtbar. Auf dem Sulzer-Areal Stadtmitte hat eine starke Entwicklung der Bautätigkeit eingesetzt, die sich in den kommenden Jahren fortsetzen dürfte. Auf dem Sulzer-Areal Oberwinterthur wurde mit dem Eulachpark ein Projekt vorangetrieben, dass für die künftige Entwicklung eine wichtige Rolle spielen wird. Ein wichtiges positives Zeichen für ein aufstrebendes Winterthur wird im Stadtzentrum mit der bevorstehenden Überbauung des Arch-Areals gesetzt, wozu die Stadt mit der Abtretung des Volkshauses einen wichtigen Beitrag leistete. In verschiedenen Einzelfällen gelang es auch, Firmen für den Standort Winterthur zu gewinnen. Damit werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen, dies vor allem in den Bereichen Gesundheit und Technologie. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Beschäftigten in den vergangenen vier Jahren weiter zugenommen hat; die entsprechenden Zahlen der vom Bund durchgeführten Betriebszählung liegen erst im Spätherbst 2005 vor.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung gehörte auch die Förderung der Wohnbautätigkeit. Unter anderem verkaufte die Stadt die Wohnbauareale Schenkelwiese Süd und Zelgli an private Investoren, welche Wohnbauten im gehobenen Segment errichten wollen. Das Areal Tägelmoss ging an Wohnbaugenossenschaften zwecks Errichtung von Alters- und Familienwohnungen. Mit der Formulierung einer städtischen Wohnungspolitik wird zudem angestrebt, dass nebst Wohnraum für Familien künftig vermehrt auch Wohnangebote für höhere Ansprüche bereit stehen sollen.

Im Weiteren kann generell durchaus von einer Stärkung der Bedeutung der Stadt Winterthur als Zentrum im Norden des Kantons Zürich gesprochen werden, obwohl für eine Belegung dieses Faktums wenige klar messbare Indikatoren vorhanden sind. Am deutlichsten lässt sich das im Bildungsbereich sagen, wo die Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW) als grösste Mehrsparten-Fachhochschule der Schweiz ihre Stellung ausgebaut hat und noch weiter wachsen wird. So wird Winterthur auch Standort für die Ausbildung in den Gesundheitsberufen; das entsprechende Engagement des Stadtrates hat sich gelohnt. Eine weitere starke – und anerkannte – Position nimmt Winterthur als Kulturzentrum ein; dazu dürfen auch die vermehrten Unterhaltungsangebote gezählt werden, die Winterthur zu einer immer beliebteren überregionalen "Ausgestadt" machen. Schliesslich erhöht auch das bevölkerungsmässige Wachstum den Stellenwert der Stadt, und dass sie unter den zehn grössten Schweizer Städten die zweitniedrigste Steuerbelastung hat, macht sie für weitere Kreise attraktiv.

Eine wichtige Grundlage für das starke Zentrum Winterthur bildet die Stadtverwaltung, deren Kompetenzen auch von immer mehr Gemeinden ausserhalb Winterthurs genutzt werden. Diese Verwaltung wurde seit 2002 durch zahlreiche Reorganisationen – zuletzt mit der flächendeckenden Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) – weiter modernisiert und geniesst ein hohes Ansehen. Deshalb fiel es dem Stadtrat auch äusserst schwer, dem Personal für 2005 eine Lohnkürzung zumuten zu müssen, und er nutzt nun die erste sich bietende Verbesserung der Finanzlage dazu, diese Massnahme wieder rückgängig zu machen.

Nicht alles, was der Stadtrat gemäss seinen Schwerpunkten aus dem Jahre 2002 anstrebte, liess sich in den vergangenen dreieinhalb Jahren erreichen. Teils veränderten sich die Rahmenbedingungen, teils fehlte das Geld, teils brauchen gewisse Entwicklungen ganz einfach mehr Zeit. Obwohl zahlreiche positive Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich festgestellt werden dürfen, hat dies noch keine Auswirkung auf die tiefe Steuerkraft der Stadt Winterthur. Winterthur wird weiterhin auf den kantonalen Finanzausgleich angewiesen sein. Dieser muss aber neu ausgestaltet werden. Die Anstrengungen des Stadtrats, im Rahmen der Revision des kantonalen Finanzausgleichs, die Bedürfnisse Winterthurs besser zu berücksichtigen, hatten zwar Erfolg, das heisst, sie flossen in den Gesetzesentwurf ein. Doch dann wurde dieser vom Kanton vorerst nicht weiter bearbeitet.

Entgegen den Zielsetzungen musste der Stadtrat das RAV wie auch die Berufsberatung an den Kanton abtreten.

Gesamthaft gesehen ist der Stadtrat mit der Zielerreichung in der Amtsperiode 2002-2006 zufrieden. Ein politisches Programm ist immer von vielen Faktoren abhängig, die teils ausserhalb des Einflussbereiches der Behörden liegen. Aber dennoch: Die Anstrengungen haben sich gelohnt und Winterthur steht heute gut da und wird als aufstrebende moderne Stadt wahrgenommen. Es darf nun aber nicht auf dem Erreichten stehen geblieben werden. Es sind noch viele Aufgaben hängig und die Stadt Winterthur hat noch ein grosses Potenzial, das es zu nutzen gilt.

3. Detailbericht (Anhang)

Im beigefügten Anhang erstattet der Stadtrat detailliert Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2002-2006.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Stadtpräsidenten übertragen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorstehern.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder

Beilage:

- Bericht Legislatorschwerpunkte

Bericht zu den

**Legislature Schwerpunkten 2002-2006
des Stadtrats von Winterthur**

26. Oktober 2005

Stadtrat Winterthur - Legislatorschwerpunkte 2002 – 2006

Die linke Spalte enthält den Text aus der Broschüre vom 25. September 2002.

In der rechten Textspalte erfolgt die Berichterstattung dazu (Stichtag 1. Oktober 2005)

Seite / Randtitel	Text Broschüre 2002	Berichterstattung Oktober 2005
1	Der am 22. Mai 2002 ins Amt getretene Stadtrat von Winterthur legt mit diesen Legislatorschwerpunkten dar, welche Ziele er anstrebt und wie er sie erreichen will. Er zeigt auf, wo er die Schwerpunkte setzen will, ohne dabei ins Detail zu gehen. Er ist bei der Festlegung dieser Zielsetzungen von den gegenwärtig absehbaren finanziellen Rahmenbedingungen ausgegangen. Im Sinne einer rollenden Planung müssen die zur Erreichung der Zielsetzungen erforderlichen Massnahmen mit der jährlichen Budgetierung in Einklang gebracht werden. Im ersten Abschnitt mit dem Titel «Für ein starkes Winterthur» wird ausgeführt, wie der Stadtrat vorgehen will, um Winterthur als Zentrum im Norden des Kantons Zürich zu stärken und zu profilieren. In den folgenden Kapiteln werden die Ziele und deren Umsetzung zu den Themen «Wirtschaftliche Entwicklung», «Bildung und Kultur», «Lebensqualität » und «Gesellschaft» dargelegt.	Am Ende der Legislaturperiode 2002-2006 darf festgestellt werden: Winterthur hat sich in jene Richtung bewegt, die der Stadtrat mit den Legislatorschwerpunkten angestrebt hat.
3	<i>Für ein starkes Winterthur</i> Ausgangslage Winterthur ist eine Stadt mit vielen Stärken. Die Angebote in Kultur, Bildung, Sport und Unterhaltung sind in den letzten Jahren dank neuer Impulse stetig attraktiver geworden. Es gibt viele, auf unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche ausgerichtete Möglichkeiten zum Wohnen. Für das	Die Stadt hat ihre Stärken konsequent gefördert und ausgebaut. Das macht sie immer attraktiver und auch selbstbewusster. Als eine der wenigen Schweizer Städte verzeichnet sie weiterhin ein Wachstum. Die Bevölkerungszahl ist in den vergangenen vier Jahren von rund 92'000 auf 96'000 gestiegen. In vielen Bereichen wurde die anerkannt

Einkaufen, die Freizeit, die Schulen und auch die Mobilität bestehen ausgezeichnete Infrastrukturen. Kurz gesagt: Winterthur bietet sehr gute Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität.

Weniger gut verlaufen ist in den letzten Jahren die wirtschaftliche Entwicklung. Der Strukturwandel in der Winterthurer Wirtschaft hat zu einem Abbau von Arbeitsplätzen und zu einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit mit all den damit verbundenen sozialen Problemen geführt. Winterthur benötigt eine Belebung und einen Aufschwung in der wirtschaftlichen Entwicklung.

Zielsetzung Winterthur ist eine lebendige, offene und solidarische Stadt mit einer innovationsfreudigen Wirtschaft und hoher Lebensqualität. Unter diese Leitidee stellt der Stadtrat sein politisches Programm für die kommenden vier Jahre. Er will alle seine Möglichkeiten einsetzen, damit die starken Seiten der Stadt noch bessere Wirkung erzielen, gleichzeitig aber auch schwächere Seiten aufbessern. Seine Handlungen und Entscheide sind auf Nachhaltigkeit ausgerichtet, um auch künftigen Generationen eine lebenswerte und prosperierende Stadt zu erhalten. Den engen finanziellen Spielraum will der Stadtrat in erster Linie für die Wirtschaftsförderung und den Bildungsbereich nutzen, daneben aber auch attraktive neue Kulturangebote fördern, welche dem Ansehen und der Ausstrahlung der Stadt dienen. Für die Umsetzung seiner Politik stützt er sich auf die Stadtverwaltung, die ihre Dienstleistungen sachgerecht und bedürfnisorientiert erbringt. Sie soll eine führende Verwaltung sein, die als Kompetenzzentrum auch Dienstleistungen für die Region übernehmen kann. Im finanziellen Bereich strebt die Stadt einen fairen, neuen Finanzausgleich mit erhöhten Abgeltungen der zentralörtlichen Leistungen an.

hohe Lebensqualität weiter optimiert. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt erfreuliche Ansätze, obwohl nicht alle Probleme des vergangenen Strukturwandels bewältigt sind und nach wie vor eine relativ hohe Arbeitslosigkeit herrscht, welche grosse Sozialkosten verursacht. Die angespannte Finanzlage engt jedoch Stadt, Kanton und Bund stark ein, was die Realisierung anstehender Infrastrukturprojekte, vor allem im Verkehrsbereich, verzögern kann.

Der Stadtrat und die Stadtverwaltung stellten ihre Arbeit in den vergangenen vier Jahren konsequent unter die Leitidee, dass Winterthur eine lebendige, offene und solidarische Stadt mit einer innovationsfreudigen Wirtschaft und hoher Lebensqualität ist. Auf diese Leitidee – zusammengefasst unter dem Begriff "Stadtentwicklung" – fokussierten Stadtrat und Stadtverwaltung ihre Anstrengungen. Dabei wurden stets auch die Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt.

Die Leistungen der Stadtverwaltung wurden von Seiten der Bevölkerung gemäss Umfragen und Reaktionen äusserst positiv beurteilt, und sie versteht sich mit Recht als eine vergleichsweise führende Verwaltung, die auf verschiedenen Fachgebieten über die Stadtgrenzen hinaus als Kompetenzzentrum vielfältige Dienstleistungen erbringt.

Mit der Übernahme von überregionalen Führungsfunktionen (z.B. Region Ost) und der Erbringung von Dienstleistungen sowie einer engagierten Lobbyarbeit für verschiedene Anliegen von Stadt und Region wurde die Zentrumsfunktion von Winterthur im Norden des Kantons Zürich gestärkt.

	Als sechstgrösste Stadt der Schweiz will Winterthur innerhalb des Kantons, im Kreis der andern Städte sowie auf Bundesebene aktiv und selbstbewusst in Erscheinung treten. Die Stadt bildet ein starkes, eigenständiges Zentrum im Norden des Kantons Zürich.	
4	<i>Umsetzung</i>	
Nachhaltigkeit	Der Stadtrat berücksichtigt bei allen Entscheidungen und Handlungen die Aspekte der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit.	Bei Beschlussfassungen des Stadtrats und der anschliessenden Umsetzung in der Stadtverwaltung, aber auch bei der Arbeit in allen städtischen Dienststellen wurde dem Aspekt der Nachhaltigkeit stetige Aufmerksamkeit geschenkt. Konkrete Beispiele aus dem ökologischen Bereich: Holzschnitzelheizungen in Hegi (eine der grössten Anlagen der Schweiz) und im geplanten Schulhaus Sennhof, Energieoptimierung in der Eishalle, Gestaltung der Energiepreise, verschiedene Projekte für die Umstellung von Heizungen von Öl auf Gas oder Fernwärme, Förderung der Ökostromnutzung, Unterstützung für die Realisierung einer zweiten Erdgastankstelle, Verhinderung von Chlorwasserabfluss in den sanierten Bädern Töss und Wülflingen. Ausstellungen, Informationskampagnen und Strassenaktionen verschiedener Dienststellen (Energie, Wasser, Abfall) unterstützten die Nachhaltigkeits-Bestrebungen. Als Energiestadt profilierte sich Winterthur zudem mit dem KMU-Programm Energie-Effizienz, dem Sensibilisierungsprogramm für Energie-Grossverbraucher, der Mobilitätsberatung sowie dem Engagement im Klimabündnis der Schweizer Städte. All diese Anstrengungen trugen dazu bei, dass Winterthur (als einzige Schweizer Stadt) mit dem europäischen Klimaschutzpreis "Climate Star 2004" ausgezeichnet wurde und als eine der führenden Energiestädte der Schweiz gilt. Dass Winterthur auch eine führende Velostadt ist, wurde mit der Verleihung des schweizerischen "Prix Velo" bestätigt, der der Stadt 2005

Engagement
auf breiter
Ebene

Der Stadtrat pflegt eine aktive Zusammenarbeit mit Behörden, Parlamenten und Institutionen auf allen Ebenen.

für die vorbildliche Gesamtplanung des Radwegnetzes zugesprochen wurde.

Auch im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit wurden Projekte vorangetrieben und Massnahmen umgesetzt, z.B. das suchtpräventive und sozialpädagogische Begleitprogramm Jump/Jumpina, das den Übertritt in die Berufsausbildung und das Erwerbsleben fördert. Ferner wurden Programme für Ausgesteuerte organisiert, um die Arbeitsvermittelbarkeit zu stärken und die Desintegration zu verhindern. Die Anstrengungen zur Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und Integration bremsen die Wachstumskurve der Sozialhilfeausgaben.

Ebenso sind die Finanzprojekte auf eine nachhaltige Finanzpolitik ausgerichtet. Die beiden Sanierungsprogramme "win.03" und "HS 07" haben zum Ziel, den städtischen Haushalt im Gleichgewicht zu halten und keine Schulden auf Kosten der kommenden Generationen zu machen.

Eidgenössische und kantonale Parlamentsmitglieder wurden mehrfach (teils persönlich, teils schriftlich) mit Winterthurer Anliegen vertraut gemacht. Mit dem Kanton (Regierung und Verwaltung) sowie mit weiteren Kantonen und vielen Städten und Gemeinden wurde ein reger Informations- und Erfahrungsaustausch gepflegt. Dazu kamen unzählige Kontakte mit privaten und öffentlichen Institutionen aus Wirtschaft, Kultur und Bildung.

Ein konkretes Beispiel waren die Aktivitäten des Stadtrats zur Sicherstellung der Bahnkapazität im Raum Ostschweiz. In dieser Sache wurden die Ständeratsmitglieder aus der Ostschweiz zur Unterstützung der Kreditvorlage auf Bundesebene für den Hochgeschwindigkeitsverkehr aufgerufen. Mit diesem schliesslich bewilligten Kredit wurden Gelder von 100 Mio. Franken für die Kapazitätserhöhung zwischen Winterthur und Zürich sichergestellt.

Hohe Kompetenz der Verwaltung	Stadtratsmitglieder und führende Kaderleute engagieren sich in eidgenössischen und kantonalen Gremien, Institutionen und Fachorganisationen. So zum Beispiel im Schweizerischen Städteverband, in Berufs- und Fachverbänden, in der Sozialkonferenz des Kantons Zürich usw.	In vielen Fachorganisationen auf regionaler, kantonaler oder eidgenössischer Ebene wirken Vertreter/innen aus Winterthur mit. Beispiele: Vorstand Schweizer Städteverband, Konferenz der Schweizerischen Städte für Kulturfragen, Vorstand des Vereins eCH (E-Government), Interessengemeinschaft kommunaler Polizeivorstände, Städteinitiative Sozialpolitik, Sozialkonferenz des Kantons Zürich. Dazu kommen zahlreiche Mandate in Vorständen und Verwaltungsräten (Swisspower AG) usw. Stark engagiert hat sich der Stadtrat in der Region Ost (Zusammenschluss der Städte und Gemeinden im Osten des Flughafens Zürich zwecks Lärmbekämpfung); die Umweltschutzfachstelle wirkt als Geschäftsstelle. Ferner beteiligte sich die Stadt an Pilotprojekten des Bundes betreffend Agglomerationsprogramme.
	Die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und interessierten privaten Partnern wird gefördert (Public–Private Partnership).	Public-Private-Partnership kam in einer Vielzahl von Projekten zum Tragen. Beispiele: Neunutzung des Archareals, Internationale Lichttage, Rechenzentrumsdienstleistungen der Informatikdienste, Ökostromherstellung und -vermarktung, Energie-Contracting, KMU-Programme Energie-Effizienz, Mobilitätsberatung für Unternehmen, Sportpassangebot, Kindertagesstätte Wässerwiesen mit privater Trägerschaft, Angebotsausbau mit dem Verein Pfliegewohngruppen, Renovation des Wohnheims der Heilsarmee, Jugendarbeit mit dem Verein Subita, Leistungsverträge mit Taglohn und Frauenzentrale, Umsetzung des Wildparkkonzeptes. Weitere private Partner: Altersforum, Familiaris, Jugendhaus, Kirchengemeinden, Pro Senectute u.a.
	Die Stadtverwaltung pflegt eine gemeinsame Unternehmenskultur und tritt als modernes, ansprechendes Dienstleistungsunternehmen mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf.	Die Vorgaben für die Anwendung des einheitlichen Erscheinungsbildes wurden gestrafft und modifiziert. Die Führungsgruppen widmen sich im Jahre 2005 dem Thema "Corporate Identity".

Die Kundenorientierung der Dienststellen der Stadtverwaltung wird laufend überprüft und entsprechend angepasst. Ausgehend von Publikumsbefragungen und veränderten Bedürfnissen der Bevölkerung werden Anpassungen vorgenommen.

Die Stadt Winterthur bleibt als Arbeitgeberin einer zukunftsorientierten Personalpolitik verpflichtet. Personalwesen und Personalrecht und das zur Umsetzung notwendige Instrumentarium werden laufend weiterentwickelt.

Nach 1995 und 1999 wurde 2003 eine neue Publikumsbefragung durchgeführt, welche der Verwaltung ein gutes Zeugnis ausstellte. Zur Behebung gewisser Schwachpunkte (unkoordinierte Öffnungszeiten, zähflüssige Bewilligungsverfahren, telefonische Erreichbarkeit, Verständlichkeit amtlicher Papiere) wurden Verbesserungsprojekte lanciert. Es wurden Vorgaben gemacht und Standards festgelegt, welche nun für die ganze Stadtverwaltung gelten. Gefördert wurden auch die Möglichkeiten für den elektronischen Behördenverkehr (Internet/E-Government).

In einer Untersuchung wurde festgestellt, dass die Stadtverwaltung Winterthur im Vergleich mit den andern grossen Schweizerstädten durchwegs äusserst kostengünstig ist.

Zur Vermeidung von Entlassungen wurde ein Stellenpool geschaffen. Mit einer Revision der geltenden Gleitzeitregelung wird angestrebt, die Jahresarbeitszeit zum primären Arbeitsmodell weiterzuentwickeln. Auf 1. Januar 2006 wird ein neues Personal-Informationssystem (Pi-as) eingeführt. Dieses wird auch ein verfeinertes Personal-Controlling ermöglichen.

Der Sozialstellenplan ist etabliert und wird angewendet. Mit einem "Case Management" wird die Wiedereingliederung von erkrankten oder verunfallten Mitarbeitenden gefördert.

Die Gleichstellungsbeauftragten engagierten sich stark bei der Personalauswahl des Kaders.

Die neue Lohnordnung (Berewi) ist am 1. Juli 2002 in Kraft getreten. Von den rund 400 Einsprachen gegen Neueinreihungen und die Lohnfestsetzung konnten wegen fehlenden personellen Ressourcen noch nicht alle erledigt werden.

Als Folge des finanziellen Engpasses musste 2005 eine dreiprozentige Lohnkürzung vorgenommen werden.

Für die bedarfsgerechte Ausbildung und Förderung des Personals wird ein zentrales Schulungs- und Personalentwicklungsprojekt lanciert. Schwerpunkte bilden die Führungsschulung sowie ein neues frauenspezifisches Weiterbildungskonzept.

Die städtischen Betriebe werden mit den notwendigen Kompetenzen und Strukturen ausgestattet, damit sie in ihren Aufgabenbereichen wirkungsvoll tätig sein können.

Als Kompetenzzentrum bietet die Stadtverwaltung andern Gemeinden gegen kostendeckende Verrechnung vermehrt Dienstleistungen an. Beispiele: Informatikdienste, Zivilstandsamt, Steueramt, Baupolizei, Lebensmittelkontrolle, Sozialbereich, Sport, Berufsberatung, Forstbetrieb, Stadtgärtnerei, Städtische Werke usw. Dadurch können die eigenen Kapazitäten noch besser genutzt werden, während die Gemeinden zu kostengünstigen und professionellen Aufgabenerfüllungen kommen.

Die Personalentwicklung und -schulung wurden ausgebaut; bis Ende 2004 konnten die Kursanmeldungen stark gesteigert werden. Ferner wurde der Aufbau eines Weiterbildungscontrollings in Angriff genommen.

Via Führungsgruppen wurden die Bedürfnisse für die Personalschulung ermittelt und insbesondere die Führungsschulung ausgebaut. Ein neues Rahmenkonzept für die Neuorientierung und den Ausbau der Personalentwicklung wird kontinuierlich umgesetzt.

WoV wird flächendeckend eingeführt. Nun hat der Kanton die Grundlage für öffentlich-rechtlich selbständige Anstalten geschaffen; es wird bei anstehenden Reorganisationen geprüft werden, ob diese neue Organisationsform zielführend angewendet werden kann.

Stadtbus Winterthur hat seit dem Sommer 2004 einen selbständigen Marktauftritt und verbesserte mit den damit verbundenen weiteren Massnahmen sein Image bei der Kundschaft markant.

Es gibt eine grosse Zahl von Dienstleistungen, welche die Stadt Winterthur gegen Kostenverrechnung (möglichst mit Gewinn) erbringt. Beispiele:

Die Informatikdienste bieten Rechenzentrums-Dienstleistungen für 11 Gemeinden im Kanton Zürich an sowie für Werke der Kantone Zürich und St. Gallen. Zudem werden Druck- und Verpackungsaufträge (Steuererklärungen, -rechnungen, -mahnungen, Stimmrechtsausweise, Werkrechnungen usw.) für 25 Gemeinden im Kanton Zürich ausgeführt sowie für Werke der Kantone Zürich und St. Gallen. Das Steueramt führt Arbeiten (Scanning und Archivierung) für andere Gemeinden durch.

Die Feuerpolizei führt im Auftrag der Gebäudeversicherung Kontrollaufgaben der kantonalen Feuerpolizei im nördlichen Kantonsteil durch.

Der alle Bezirksgemeinden umfassende Zivilstandskreis Winterthur hat seinen Betrieb aufgenommen. Alle Aufgaben des Zivilstandswesens werden nun zentral durch das städtische Zivilstandsamt erfüllt.

5

Der E-Government- und Internetauftritt der Stadt Winterthur wird weiterentwickelt mit dem Ziel, dem Publikum noch bessere Dienstleistungen zu bieten.

Die institutionalisierte Lebensmittelkontrolle in den Vertragsgemeinden hat sich weiter etabliert.

Die Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon haben sich der städtischen Zivilschutzorganisation angeschlossen.

Die Asylkoordination übernahm für die Gemeinden der Bezirke Andelfingen und Winterthur die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden.

Im Bereich der Zusatzleistungen zur AHV/IV bietet die Stadt den Bezirksgemeinden ihre Dienste an. Zudem werden Leistungen der Suchtprävention, der Drogenhilfe und der Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme für Winterthur-Land erbracht.

Die Stadtgärtnerei hat mit rund 90 Gemeinden Verträge für Kremationen abgeschlossen.

Die Städtischen Werke haben das Verbrennen von Klärschlamm für die Weinlandgemeinden übernommen. In der KVA entsorgen viele Gemeinden den verbrennbaren Abfall. Ferner werden Pikettdienste, Reservoirreinigungen für umliegende Gemeinden sowie die Zähler-Eichung und -Wartung für verschiedene Gemeinden ausgeführt.

Die Internetplattform verfügt über einen hohen Informations- und Qualitätsstandard. Mehrere Fachjürs beurteilten sie unter den Schweizer Städten als führend und zeichneten sie mit Preisen aus. Die Nutzung steigt laufend; 2002 verzeichnete das Portal rund 980'000 Besuche, 2004 waren es 1,8 Millionen. So wird zum Beispiel beim Melde- und Zivilstandswesen alles elektronisch angeboten, was nicht wirklich eine persönliche Vorsprache bedingt. Bei der Einwohnerkontrolle ist der Anteil der Internet-Kundschaft 2004 von 5 auf 8 % gestiegen.

Die Aufgaben der Stadt werden ab 2005 durch einen Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) gesteuert. Zusätzlich werden die weiteren Controlling-Instrumente ausgebaut, welche für ein zuverlässiges Finanz- und Leistungscontrolling unerlässlich sind.

Die Grundsätze der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) werden ab 2005 in weiteren geeigneten Organisationseinheiten eingeführt.

Alle Departemente überprüfen laufend und systematisch ihre Aufgaben und ihre Dienstleistungsstandards und streben eine stetige Optimierung ihrer Aufwendungen und Erträge an.

wird dann die Grundlage sein für die Verhandlungen mit dem Kanton betreffend die Ausgleichsmöglichkeiten.

Erstmals kann dem Parlament mit dem Voranschlag 2006 auch der IAFP vorgelegt werden. Damit ist der Stadt Winterthur eine Pionierleistung gelungen. Parallel dazu wurden neue Controlling-Instrumente entwickelt und die bestehenden verfeinert, so dass die Steuerung immer zuverlässiger betrieben werden kann.

Der Grosse Gemeinderat hat auf Antrag des Stadtrates beschlossen, WoV ab 2006 in der Stadtverwaltung flächendeckend einzuführen. Dieses komplexe Unterfangen konnte dank dem grossen Engagement der Verwaltung und der Bereitschaft des Parlaments termingerecht umgesetzt werden. Damit ist Winterthur eine der ersten grossen Städte der Schweiz, die WoV in der gesamten Verwaltung eingeführt haben. Die dafür notwendigen Voraussetzungen wurden in kurzer Zeit geschaffen, namentlich die Installation eines leistungsfähigen Rechnungswesens, die Formulierung eines Verrechnungskonzepts und die Vorbereitung einer neuen Gesetzgebung (Verordnung über den Finanzhaushalt). Damit werden die Grundsätze der Kostenwahrheit und Transparenz vollumfänglich gewährleistet.

Departemente und Dienststellen in der ganzen Stadtverwaltung überprüfen und optimieren ihre Aufgaben und Standards laufend.

Dazu einige Beispiele:

DKD: Reorganisation der Stadtammann- und Betriebsämter.

DFI: Liegenschaftsbewirtschaftung optimiert (Verkauf von Restaurants, Auslagerung des Rebbetriebs).

Bau: Umfassende Reorganisation des Departementes

DSU: Zusammenschluss von Gesundheitsamt und Umweltschutzfachstelle, Parkhäuserbewirtschaftung modernisiert (neue Kassenanlagen).

DSS: Sonderpädagogische Massnahmen neu im Gruppen- statt im Einzelunterricht. Zusammenlegung von Krippen- und Hortadministration. Eishalle sowie Turn- und Sportanlagen besser vermarktet.

DSO: Reorganisationen in verschiedenen Bereichen. Bei Alter und Pflege wird sich das bisher von der Stadt getragene Defizit massgeblich verringern. Einsetzung einer nebenamtlichen Vormundschaftsbehörde.

DTB: Stadtbus: Erhebliche Verbesserung der Qualität der Fahrleistung.

Bestattungsamt wurde aus dem DSU übernommen und mit der Friedhofverwaltung im Friedhof Rosenberg zusammengelegt .

Der grösste Teil der Städtischen Werke Winterthur (StWW) ist ISO 9000 und 14000 zertifiziert (damit ist eine ständige Überprüfung der Standards und Abläufe sichergestellt).

Die StWW führten Profitcenter ein und ziehen kontinuierlich Kostensenkungsprogramme durch. Zudem haben sie durch Wachstum auf den Sulzer-Arealen und durch die Aufhebung der KVA-Verbrennungslimite eine bessere Fixkostenabdeckung erreicht. Mit den neuen Geschäftsfeldern EC (Energiecontracting), IC (Instacontrol), Erdgasmobil und Telekom wurden Zusatzerträge erschlossen.

Der Forstbetrieb ist nach den Standards des Forest Stewardship Council zertifiziert und ist von der Suva als vorbildlicher Forstbetrieb ausgezeichnet worden.

Wirtschaftliche Entwicklung

Ausgangslage Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in den letzten Jahren zögerlich. Bei den Meldungen aus der Winterthurer Wirtschaft dominierten immer wieder Nachrichten über Betriebsschliessungen und Arbeitsplatzabbau. Eine Folge der unbefriedigenden wirtschaftlichen Entwicklung ist auch die auf einem tiefen Niveau stagnierende Steuerkraft der Stadt. Eine wirtschaftliche Belebung mit Neuansiedlungen von Unternehmen und dem Zuzug von Personen mit überdurchschnittlichem Steueraufkommen ist für die Stadt dringend nötig. Erste gute Ansätze können denn auch bereits verzeichnet werden. So darf festgestellt werden, dass insbesondere bei den mittleren und kleinen Unternehmungen, vor allem in den Bereichen Technologie und Gesundheit, erfreuliche Entwicklungen stattfanden.

Zielsetzung Winterthur will seine Stellung als wirtschaftliches Zentrum im Norden des Kantons Zürich stärken. Dieses Ziel will die Stadt in enger Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft erreichen. Dazu betreibt die Stadt eine breit angelegte und offene Wirtschaftsförderung, die vor allem auf die zwei Bereiche Technologie und Gesundheit setzt. Diese zwei Wirtschaftszweige haben bereits heute eine grosse Bedeutung. Den bestehenden Unternehmen in unserer Stadt müssen gute Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden. Gleichzeitig sind die Anstrengungen zu verstärken, neue Unternehmen und Institutionen für die Ansiedlung in Winterthur zu gewinnen. Insbesondere geht es darum, die teilweise noch unbenützten ehemaligen Industrieareale mit zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen und Wohnmöglichkeiten zu beleben. Die Verbindungen zur ZHW und zum Technopark sollen für die Entwicklung von Gewerbe und Wirtschaft genutzt werden.

Um dies zu erreichen, will der Stadtrat die verschiedenen

Die in der Ausgangslage 2002 erwähnten positiven Ansätze für eine wirtschaftliche Belebung haben sich verstärkt. Winterthur wird in der Deutschschweiz vermehrt im positiven Sinne als Stadt mit Entwicklungspotenzial wahrgenommen. Nach wie vor stagnierend ist die Steuerkraft.

Mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und die Steuerkraft der Stadt zu heben, wurde die Zusammenarbeit mit Investoren und Wirtschaftsvertretern intensiviert. Die Standortentscheide verschiedener Unternehmungen, aber auch die rasche Entwicklung auf dem Sulzer Areal Stadtmitte und die Neunutzung des Arch-Areals sind die bedeutendsten Erfolge dieser Aktivitäten.

Die Lobbyarbeit auf kantonaler und eidgenössischer Ebene wurde aktiviert. Das führte zu Entscheidungen, die für den Wirtschafts-Cluster Gesundheit wichtig sind (Standortentscheid Gesundheitsausbildung und Fachhochschulausbildung mit Physiotherapie und Ergotherapie).

Generell lässt sich feststellen, dass das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Winterthur gewachsen ist.

Erstmals wurde eine Wohnungspolitik-Strategie entwickelt.

Mit dem Aufbau der Stabsstelle Stadtentwicklung und der Bildung der verwaltungsinternen Stadtentwicklungskommission, in der alle wichti-

8 Optimale Rahmenbedingungen	Kräfte bündeln. Die zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Stadtmarketing und Winterthur Tourismus muss gestärkt und damit schlagkräftiger werden. Mit einer aktiven Bodenpolitik und den notwendigen Ergänzungen der bestehenden Verkehrserschliessung (Kombination von öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr und Rad-/ Fussverkehr) kann die Stadt massgebliche Beiträge leisten. Mit der angestrebten Stärkung von Winterthur als Wirtschaftszentrum ist die Zielsetzung verbunden, die unter dem kantonalen Durchschnitt liegende Steuerkraft der Stadt allmählich zu erhöhen. <i>Umsetzung</i> Bei der Stadt wird eine Projektorganisation Stadtentwicklung geschaffen, welche von einer beim Stadtpräsidenten angesiedelten Stabsstelle koordiniert wird. Sie hat die Aufgabe, die Aktivitäten der Stadtverwaltung zu verstärken und zu bündeln und mit dem nach aussen agierenden Stadtmarketing zu verbinden und zu koordinieren. Die gemischtwirtschaftliche Stadtmarketing-Organisation soll ab 2004 auf einer paritätischen Grundlage weitergeführt werden. Sie bildet ein unerlässliches Instrumentarium für die Wirtschaftsförderung und die Ansiedlung neuer Unternehmungen. Auf die Umnutzung der Sulzer-Areale Stadtmitte und Oberwinterthur sowie des Arch-Areals nimmt der Stadtrat aktiv Einfluss und sucht mit Investoren eine enge Zusammenarbeit. Angestrebt werden Lösungen mit einem guten Mix von zukunftsträglichen Arbeitsplätzen und Wohnmöglichkeiten.	gen Dienststellen vertreten sind, können departementsübergreifende Projekte (z.B. Ansiedlungen) effizienter vorangetrieben werden. Stadtentwicklung wird heute als Querschnittsaufgabe verstanden und orientiert sich vermehrt an Nachhaltigkeit. Die Zusammenarbeit von Stadtrat, Stadtverwaltung, Stadtmarketing, Winterthur Tourismus und der Cityvereinigung Junge Altstadt wurde verstärkt und institutionalisiert. Es wurde eine dem Stadtpräsidenten unterstellte Stabsstelle Stadtentwicklung geschaffen, die bedarfsgerecht ausgebaut ist. In Abständen von 2-3 Wochen tagt eine Stadtentwicklungskommission, in der alle Departemente vertreten sind. Stadtentwicklung ist an jeder Stadtratssitzung ein separates Traktandum. Die paritätische Finanzierung der seit 1994 bestehenden Stadtmarketing-Organisation durch die Privatwirtschaft und die Stadt ist bis 2006 sicher gestellt. Neu sind jetzt auch 18 Gemeinden aus der Region als Mitglieder dabei. Auf dem Sulzer-Areal Stadtmitte findet eine rege Entwicklung statt: Nebst Technopark und ZHW nutzen bereits über 80 KMU's das Areal. Zudem entstanden und entstehen mehrere Wohnungsüberbauungen. Mit der Übernahme der Energieversorgungsanlagen auf den Sulzer-Arealen Stadtmitte und Oberwinterthur durch die Städtischen Werke wurde ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung der beiden ehemaligen Industrieareale geleistet. Die Erschliessungsanlagen (Strassen, Kanäle) gemäss Erschliessungsplan sind weitgehend realisiert.
--	--	---

Expansionspläne von ansässigen oder Bauvorhaben von zuziehenden Unternehmen werden durch eine aktive Bodenpolitik unterstützt; zum Beispiel durch Verkauf oder Vermittlung von Bauland.

Die Plan- und Datengrundlagen des Geografischen Informationssystems (GIS) werden derart aufbereitet, dass sie im Internet bezogen werden können (Informationen für Wohnungssuchende, Bauinteressenten, Liegenschaftenkäufer usw.).

Der Ausbau des Technoparks als Innovationszentrum für junge Unternehmen wird unterstützt.

Die Stadt fördert die Vernetzung aller im Gesundheitsbereich tätigen Trägerschaften, Unternehmen und Institutionen mit dem Ziel, sich zusammen als Kompetenzzentrum für Gesundheit zu profilieren (Clusterbildung).

Auf dem Sulzer-Areal Oberwinterthur wurde im Umfeld des Entwicklungsgebiets gebaut. Innerhalb des Areals bestehen einzelne Projekte; für die weitere Entwicklung entscheidend ist ein positiver Volksentscheid zum Bau des Eulachparks.

Um das Arch-Areal einer neuen Nutzung zuzuführen, erwarb die Stadt das Volkshaus. Zusammen mit einem Generalunternehmen wurde eine Überbauung mit Wohn- und Geschäftsräumen projiziert, welche nun unmittelbar vor der Realisierung steht.

Durch Verkauf von Bauland, z.B. von diversen Grundstücken an der Sandgrubenstrasse, sowie durch die Aufhebung von Baurechten konnten mehreren Firmen eine positive Zukunftsentwicklung ermöglicht werden. Anfragen von Unternehmungen wurden aktiv unterstützt.

Im November 2004 wurde der neue, auf dem Geografischen Informationssystem basierende Internet-Stadtplan im Portal Winterthur aufgeschaltet.

Die Vorbereitungen sind im Gang, wann die Erweiterung erfolgt, ist noch offen. Geprüft wird als erste Etappe die Realisierung eines Containerdorfes in einer nicht genutzten Industriehalle.

In Kontakten mit Kanton, ZHW und privaten Organisationen wurde auf das "Gesundheitszentrum Winterthur" hin gearbeitet. Mit dem Entscheid des Kantons, die sekundäre Ausbildung im Gesundheitswesen auf die Standorte Zürich und Winterthur zu konzentrieren und die tertiäre Ausbildung in der Physiotherapie, der Ergotherapie und der Pflege nach Winterthur zu verlegen, wird dieser Cluster weiter gestärkt. Mit dem Zusammenschluss von Pflegeschulen wird ein Schwerpunkt für die Ausbildung in Gesundheitsberufen geschaffen.

Ausbau der Verkehrserschliessung	Das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und die Berufsberatung bleiben als Instrumente der Wirtschaftsförderung unter städtischer Führung und arbeiten eng mit dem Kanton zusammen. In Zusammenhang mit den Arealentwicklungen Stadtmitte, Oberwinterthur und Arch wird das Verkehrskonzept angepasst (Zielsetzung: Erschliessung öffentlicher Verkehr, flüssiger Individualverkehr, ausreichende Parkplatzangebote). In Oberwinterthur werden die Vorbereitungen für die Erschliessung des Sulzer-Areals vorangetrieben. Es geht um die Erhöhung des Busangebotes, den Bau der S-Bahnstation Hegi, die übergeordneten Fuss- und Radwegverbindungen sowie um die planerischen Grundlagen für die Entlastungsstrasse Oberwinterthur.	Das RAV erfüllt seine Aufgaben noch bis Ende 2005 unter städtischer Leitung auf der Grundlage einer Leistungsvereinbarung mit dem Kanton. Die Weiterführung der Trägerschaft des RAV durch die Stadt Winterthur wurde von der Volkswirtschaftsdirektion leider abgelehnt. Berufsinformationszentrum (BiZ) und Berufsberatung wurden 2005 kantonalisiert. Das BiZ wurde vergrössert und bietet an zentralerem Standort den Berufsinteressierten mehr Leistungen. Für die Stadt resultiert trotzdem eine Kosteneinsparung. Es ist ein neues regionales Gesamtverkehrskonzept (rGVK) erarbeitet worden. Arch-Areal: Das Verkehrskonzept für die Übergangslösung im Zusammenhang mit dem Neubau liegt vor. Sulzer-Areal Stadtmitte: Die Grob- und Feinerschliessung konnte mit dem Bau der Pionierstrasse, dem Umbau der Jägerstrasse und den entsprechenden Kreuzungsanlagen mit der Zürcherstrasse weitgehend abgeschlossen werden. Für die noch unbefriedigende Verbindung zwischen der Altstadt und dem Sulzer-Areal Stadtmitte wurde ein Wettbewerb durchgeführt, der ein städtebaulich überzeugendes Resultat ergeben hat. Die Projektierungskreditvorlage an den Grossen Gemeinderat wird voraussichtlich in der ersten Hälfte 2006 vorliegen. Die Änderungen des Parkplatzregimes in Altstadtnähe wurden vorgenommen. Zusätzliche Parkplätze sind auf dem Teuchelweiherareal vorgesehen. 2004 wurde der vierjährige Versuchsbetrieb mit einer neuen Buslinie 14 von und nach Hegi und der Verlegung der Buslinie 5 in die Rudolf-Diesel-Strasse aufgenommen. Für die S-Bahn-Station Hegi beginnen die Bauarbeiten im Jahre 2006.
---	---	--

9	Die Stadt setzt sich generell für Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs ein. Der Bau von separaten Busspuren wird vorangetrieben. Für das Stadtnetz werden weitere moderne und kundenfreundliche Diesel- und Trolleybusse beschafft. Beim Hauptbahnhof wird eine Velounterführung gebaut.	Die im Erschliessungsplan vorgesehene Sulzerallee Ost (Strasse, Radstreifen, Trottoir, Baumallee) von der Seenerstrasse bis zum neuen Kreisel Ohrbühlstrasse / Rümikerstrasse wurde 2003 eröffnet. Mit dem Bau der Erschliessung Sulzerallee West mit Anschluss an die Seenerstrasse ist begonnen worden. Nachdem die Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) der Aufnahme der Entlastungsstrasse Oberwinterthur in den regionalen Verkehrsplan zugestimmt hat, wurde diese vom Regierungsrat als geplante überkommunale Strasse festgesetzt. Neu befinden sich die Linie 14 (Hauptbahnhof-Hegi) und die Linie 12 (Hauptbahnhof-Eschenberg-Bruderhaus) in der Versuchsphase. Für die Stadtbus-Teilnetzüberprüfung 2020 (zukünftiges Liniennetz und Fahrplanangebot) läuft die Planung. Die Busspur auf der Tösstalstrasse im Bereich des Zwingliplatzes ist fertiggestellt. Auf der Zürcherstrasse wurde eine durchgehende Busspur von der Einfahrt/Ausfahrt A1 Töss bis zum Lichtsignal Klosterstrasse markiert. Bis Ende 2005 wird die Zürcherstrasse auch zwischen Jägerstrasse und Brühleck mit einer separaten Busspur versehen sein. Das Beschaffungsprogramm sieht wie folgt aus: - 10 Dieselniederflurbusse im 2002 - 26 Dieselniederflurbusse im 2004 - 10 Trolleybushochflurbusse im 2005 Stadtbus Winterthur hat als erstes Unternehmen im ZVV seine Dieselflote mit Russpartikelfiltern ausgerüstet. Der Projektionskredit für die erste Etappe der Velounterführung und das Veloparkhaus ist vom GGR genehmigt. Aufgrund der heutigen Erkenntnisse lässt sich die erste Etappe der Überbauung Milchküche (Veloparkhaus) gebäudeintern erschliessen, so dass die erste Etappe der Velounterführung vorerst nicht nötig ist.
---	--	--

	Der Stadtrat setzt sich bei den zuständigen Instanzen dafür ein, dass der Verkehr auf der A1 mit möglichst rasch realisierbaren Massnahmen flüssiger gemacht wird und die Planungs-ideen für eine Umfahrung im Südosten der Stadt vorange-trieben werden.	Die Beschlussfassung zum privaten Gestaltungsplan Milchküche wurde durch die Sachkommission Stadtentwicklung und den Stadtrat im Juni 2005 sistiert. Der Stadtrat hat im Anhörungsverfahren die Aufnahme der Südost-umfahrung Winterthur in den "Sachplan Strasse" des Bundes bean-tragt. Die Südostumfahrung ist Gegenstand der laufenden Revision des Kantonalen Verkehrsplanes. Die zuständigen Bundesbehörden haben ein Gesuch um Anordnung eines Überholverbots für Lastwagen auf der A1-Umfahrung Winter-thur abgelehnt. Ungeachtet dieses negativen Entscheids setzt sich der Stadtrat mit Unterstützung des Kantons weiterhin zugunsten einer möglichst baldigen Entlastung des betreffenden Autobahnteilstücks ein. Dies ist im kantonalen Richtplan Verkehr vorgesehen und ist we-sentlicher Bestandteil im regionalen Gesamtverkehrskonzept Winter-thur und Weinland.
Förderung der Wohnstadt	Die Wohnbautätigkeit durch Private und Genossenschaften wird gefördert. Angestrebt werden Überbauungen mit guter Durchmischung, aber auch Angebote für urbanes Wohnen für gehobene Ansprüche.	Durch den Verkauf von Liegenschaften konnte ein namhafter Beitrag zur Wohnbautätigkeit geleistet werden. Die grossen Wohnbauareale Schenkelwiese Süd und Zelgli können an private Investoren, das Areal Tägelmoos an zwei Wohnbaugenos-senschaften verkauft werden. Mit der Durchführung von Architektur-wettbewerben wird sichergestellt, dass an den attraktiven Lagen Wohnbauten im gehobenen Segment und im Tägelmoos Familien- und Alterswohnungen entstehen. Die Bautätigkeit ist gross. Der Neuwohnungsbau wurde mengenmäs-sig in den letzten zwei Jahren dominiert von zwei grossen Überbau-ungen mit sehr vielen günstigen Wohnungen. Andere Beispiele (Kranbahn, Ninck-Areal) zeigen, dass in Winterthur auch Wohnungen im mittleren und höheren Segment marktfähig sind.

	Die Versorgungsstrukturen in dezentralen Wohngebieten sind zu fördern.	Erstmals hat der Stadtrat zudem eine Strategie zur Wohnungspolitik formuliert. Sie beruht auf drei Pfeilern (Neuwohnungsbau, Sanierung des Bestands, Förderung spezieller Gruppen) und präzisiert die einzelnen Zielgruppen. Im Rahmen der Umsetzung wird mit allen wichtigen Akteuren (Grundeigentümer, Investoren, Besitzer, Projektentwickler) der Kontakt gesucht.
11	Bildung und Kultur Ausgangslage Bildung und die Kultur sind zwei grosse Stärken der Stadt Winterthur. Das breite Kulturangebot und das reichhaltige Kulturleben haben eine Ausstrahlung weit über die Stadtgrenzen hinaus. Das in den letzten Jahren vor allem durch die Zürcher Hochschule Winterthur stark erweiterte und auch auf andere Institutionen belebend wirkende Angebot hat Winterthur als Bildungszentrum deutlich aufgewertet. Zielsetzung In den Bereichen der Bildung und der Kultur ist aus einer Position der Stärke heraus ein weiterer Ausbau anzustreben. Die Angebote und die Qualitäten in der Kultur und in der Bildung sind wichtige Standortfaktoren; sie unterstützen die Ansiedlung neuer Unternehmungen sowie den Zuzug von Familien und weiteren Einwohnerinnen und Einwohnern. Bei der Bildung laufen die Anstrengungen in zwei Richtungen: Einerseits geht es darum, der Volksschulbildung die dringend benötigten neuen Impulse zu geben. Die Stadt steht der Volksschulreform positiv gegenüber und will mit der versuchsweisen Einführung der Grundstufe eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung übernehmen. Andererseits gilt es aber auch, der	Der Stadtrat setzt sich für die Versorgung des täglichen Bedarfs in den Quartieren ein. Mit der Post wurde nach geeigneten Standorten für neue Agenturen gesucht, und in Veltheim und Hegi konnten solche auch gefunden werden. Winterthur hat als Bildungszentrum wie als Kulturstandort weiter an Bedeutung gewonnen. Im Bildungsbereich stellte die Konzentration der Pflegeberufe bei der ZHW (s. Kapitel Wirtschaft) einen wichtigen Schritt dar. Bei der Volksschule ging es um die Pflege von Qualität und Innovationsgeist, wofür die eingeleiteten Schulreformen unerlässlich sind. Wenn von Stadtentwicklung die Rede ist, ist stets daran zu denken, dass schulergänzende Angebote (Kinderbetreuung, Theater, Musik, Museumspädagogik), aber auch private Angebote (internationale Schule) wichtige Standortfaktoren sind. Mit den von mehreren Tausend Lehrerinnen und Lehrern besuchten Lehrerbildungskursen 2004 wurden die Vorzüge des Bildungsstandorts Winterthur in die ganze Schweiz hinaus getragen.

	Zürcher Hochschule Winterthur zu ermöglichen, ihr Angebot weiter auszubauen. Winterthur soll das Fachhochschulzentrum des Kantons Zürich werden. Bei der Kultur geht es grundsätzlich darum, das bestehende hohe Niveau zu halten. Gleichzeitig wird angestrebt, neue innovative Nischenangebote zu fördern, wie das beispielsweise mit den Literaturwochen, den Kurzfilmtagen oder ähnlichen neuen Angeboten geschieht. Neuen Projekten, die auf privater Initiative beruhen, will die Stadt weiterhin Starthilfe gewähren. Mit einem neuen Kulturleitbild sollen die dafür erforderlichen flexiblen Grundlagen geschaffen werden.	Im Kulturbereich bildete das neue Kulturleitbild eine wichtige Grundlage für die anschliessende Aushandlung neuer Subventionsverträge, welche von Parlament und Stimmberechtigten klar gutgeheissen wurden. Mit diesen neuen Verträgen wurde es auch möglich, neue Richtungen und Kulturangebote zu berücksichtigen.
12	<i>Umsetzung</i>	
Entwicklung in der Kultur	Für die Kulturpolitik der kommenden vier Jahre wird ein umfassendes Kulturleitbild erstellt. Das breite Kulturangebot der ganzen Stadt wird in Absprache und Koordination mit dem Stadtmarketing und mit Winterthur Tourismus verstärkt kommuniziert. Alle Subventionsverträge im kulturellen Bereich werden neu ausgehandelt. Für die projektbezogene Kulturförderung werden die Rahmenbedingungen und Instrumente flexibel gestaltet. Es wird sichergestellt, dass die kulturellen Einrichtungen von allen Personen besucht werden können (behindertengerechte Ausgestaltung, Vergünstigungen für Sozialhilfeempfangende usw.).	Das Kulturleitbild 2003 der Stadt Winterthur wurde nach einer breiten Vernehmlassung verabschiedet. Auf der Basis einer umfassenden Bestandesaufnahme wurden Massnahmen und Ziele für die nächsten Jahre formuliert. Mit Stadtmarketing, Winterthur Tourismus, City-Vereinigung Junge Altstadt und entsprechenden Stellen der Stadtverwaltung werden regelmässige Koordinationssitzungen durchgeführt. Sämtliche Subventionsverträge wurden neu ausgehandelt und neu abgeschlossen. Trotz finanziell engen Rahmenbedingungen konnten auch mit drei zusätzlichen Institutionen Subventionsverträge abgeschlossen werden. Stadtparlament und Stimmberechtigte haben die Verträge mit deutlichem Mehr genehmigt. Wo immer möglich, wird der behindertengerechte Zugang zu den kulturellen Institutionen realisiert. In den letzten Jahren konnte dies beim Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, dem Gewerbemuseum und der Stadtbibliothek realisiert werden.

Bildungsstandort Winterthur	Die Volksschule ist vielfältig und von hoher Qualität. Mit qualitätssichernden und qualitätsfördernden Massnahmen wird darauf hingearbeitet, erkannte Mängel zu beheben. Insbesondere geht es um die gezielte Förderung der Lese- und Schreibkompetenz. In der Volksschule werden die zeitgemässen technischen Unterrichtsmittel installiert und professionell betrieben. Die Schulsozialarbeit wird auf ihre Wirkung hin überprüft und den Ergebnissen entsprechend ausgestaltet. Fremdsprachigen Personen, die als Familiennachziehende in	Mit der Einführung der Kulturlegi konnte bei städtischen und privaten Kultur- und Sportinstitutionen eine Vergünstigung für Sozialhilfeempfangende geschaffen werden. Die Unterstützung der Kulturlegi (Trägerschaft Caritas) erfüllt die Vergünstigungsforderung. Die Umsetzung der Volksschulreform, insbesondere die Einführung der geleiteten Schulen, hat begonnen, dauert noch lange und ist anspruchsvoll. Das sonderpädagogische Angebot wird grundsätzlich neu gestaltet. Ziel ist eine integrative Förderung möglichst vieler Schüler/innen innerhalb der Regelklassen und eine Unterstützung der Regelklassen-Lehrpersonen. Die Zentralschulpflege ist nach der Behördenreorganisation gut installiert und produktiv. Sie setzte sich eigene Legislaturziele und strebt eine gesamtstädtisch einheitliche Schulentwicklung an. Zur Leseförderung wurde zusammen mit der Stadt Zürich ein Lesewettbewerb unter dem Titel "Lesetreppe" durchgeführt. Die Webseite www.lesetreppe.ch dient weiterhin als wichtige Informationsquelle rund ums Lesen. Einige Schulreformen wurden abgeschlossen (z.B. die Einführung der Blockzeiten in allen Schulkreisen) oder neu gestartet (Versuch mit der Grundstufe oder zur Neugestaltung des 9. Schuljahres). Die Einführung der Informatik in den Primarschulen ist abgeschlossen. Seit August 2005 sind alle Klassenzimmer mit Computern ausgerüstet. Es wurde eine umfassende Analyse der Schulsozialarbeit durchgeführt. Die Resultate dienten als Grundlage für ein neues Konzept. Die Schulsozialarbeit soll einheitlich ausgerichtet und professionellen Strukturen unterstellt werden. Über die definitive Einführung dieses schulunterstützenden Angebots entscheidet der Grosse Gemeinderat. Es ist ein breites Angebot an Deutschkursen von privaten und städti-
------------------------------------	--	---

unsere Stadt kommen, werden gezielt Sprachintegrationskurse angeboten.

Zum Themenkreis «Schulraum, Schulmodelle und Kostenfolge» wird ein strategisches Konzept erstellt.

In Stadtteilen mit Bevölkerungswachstum wird der erforderliche Schulraum flexibel und schnell bereit gestellt.

Die Angebote im schulischen und im kulturellen Bereich werden mit speziellen Projekten leicht zugänglich und verständlich gemacht. Beispiele: «Lesesommer» der Bibliotheken, Museumspädagogik, Bildungs- und Freizeitangebote des Naturmuseums.

Die Bibliotheken übernehmen mit ihrer Informationsversorgung weiterhin eine wesentliche Bildungsaufgabe.

Die msw-winterthur baut ihr Angebot in Richtung Automation aus und verstärkt die Zusammenarbeit mit den lokalen Unternehmen, mit der ZHW und dem Technopark.

schen Anbietenden vorhanden. Die HFS bietet niederschwellige Kurse und Deutschkurse mit Kinderbetreuung an. Ein Rahmenkonzept ermöglicht eine Zielgruppenorientierung und eine gute Abstimmung der Angebote untereinander.

Die Schulraumplanung wurde professionalisiert. Heute besteht ein sehr differenziertes Planungsinstrument mit hoher Genauigkeit.

Hegifeld: Das ehemalige Textilmaschinenzentrum in Oberwinterthur wird seit August 2005 für die Primarschule genutzt. Im Rahmenplan-gebiet Oberwinterthur wurden in Neubauten Räumlichkeiten für Kindergärten gemietet.

Iberg/Sennhof: Der Neubau des Schulhauses Sennhof ist bewilligt. Wässerwiesen: In der neuen Wohnsiedlung wurde auch Raum für eine Kindertagesstätte und einen Kindergarten erstellt.

Die Angebote sind bei den Schulen sehr beliebt und werden gut genutzt.

Das theaterpädagogische Angebot wurde überprüft und die Zugänglichkeit für die Oberstufe verbessert (durch gezielte Auswahl von zielgruppengerechten Theaterstücken in bestehenden Theaterhäusern).

Win.03-Projekt Schulbibliotheken: Die intensivere Zusammenarbeit von Schul- und Kreisbibliotheken führt zur effizienteren Nutzung der Ressourcen.

Es wurde ein neues Ausbildungskonzept erstellt, das den Ausbau des Bereichs Automation von 36 auf 72 Lehrstellen vorsieht. Die Umsetzung ist eingeleitet und wird 2007 abgeschlossen.

Die Zusammenarbeit mit den lokalen Unternehmungen und mit der ZHW konnte insbesondere im Lehrstellenmarketing ausgebaut werden.

13 Winterthur als Fachhoch- schulzentrum	Die Vernetzung und die Zusammenarbeit unter den ansässigen Bildungsinstitutionen wird ausgebaut. Mit geeigneten Massnahmen (Unterkünfte, Dienstleistungen) steigert Winterthur seine Attraktivität für Studierende und motiviert sie damit auch, nach dem Studium in Winterthur zu bleiben. Die Bemühungen zur Ansiedlung neuer Bildungsinstitutionen werden fortgesetzt. Angestrebt werden insbesondere die Ansiedlung der Dolmetscherschule (ZHW) sowie von Ausbildungsinstitutionen im Gesundheitswesen. Für ein Kongresszentrum werden zusammen mit Stadtmarketing, Winterthur Tourismus und ZHW Bedarfsabklärungen in Auftrag gegeben.	Auf www.bildung.winterthur.ch werden alle privaten und öffentlichen Bildungsinstitutionen der Stadt Winterthur präsentiert. Es ist eines der bestgenutzten Internetportale Winterthurs. Zusammengearbeitet wird auf verschiedenen Ebenen. Es werden auch Themen für Diplomarbeiten angeboten. Eine weitere Verbindung sind die "Energie-Apéros" der StWW und der ZHW. Zusammen mit dem Projekt Swowi (Studentischer Wohnraum in Winterthur) laufen Bemühungen für die Schaffung von Wohnraum für Studierende. Zur Zeit steht der Stadt allerdings kein grosser Handlungsspielraum offen, da nutzbare Liegenschaften nicht im Eigentum der Stadt Winterthur sind. Die Stadt ist im Vorstand des Vereins Swowi in Winterthur. Dessen Ziel ist es, parallel zur steigenden Zahl der Studierenden auch mehr Wohnraum für diese anbieten zu können. Im letzten Jahr konnten zwei neue Camps (Rosenberg und Eckstrasse) eröffnet werden. Die Dolmetscherschule ist in den Mäander beim "Roten Turm" eingezogen. Der neue Fachbereich Gesundheit soll gemäss Regierungsratsbeschluss in Winterthur angesiedelt werden. Die städtische Schule für Krankenpflege wird ins ZAG (Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen) integriert. Die Fusion ist im Gang. Der Standort ist noch offen. Im letzten Jahr wurde im Rahmen einer Studie das Marktpotenzial abgeklärt. Zurzeit wird ein möglicher Standort im Sulzer-Areal Stadtmittte geprüft. Allfällige Alternativen werden weiterhin im Auge behalten.
---	---	--

15	Lebensqualität Ausgangslage Wer in Winterthur wohnt, profitiert generell von einer hohen Lebensqualität. Diese wird von vielerlei Faktoren beeinflusst. Gute, auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtete Wohnmöglichkeiten gehören ebenso dazu wie der gepflegte Grünraum im Stadtbild, die Verkehrsverbindungen, die kulturellen Einrichtungen, die Gewährleistung von hoher Sicherheit und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen. Zielsetzung Dem Stadtrat geht es darum, mit geeigneten Massnahmen die Lebensqualität weiter zu verbessern und dabei auch neue oder veränderte Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen. Die Winterthurerinnen und Winterthurer sollen gerne in ihrer Stadt leben. Eine Stadt, die gute Lebensqualität bietet, ist attraktiv für bisherige und neue Bewohnerinnen und Bewohner. Ein besonderes Augenmerk gilt der Pflege des öffentlichen Raums, also von Strassen, Plätzen und Parkanlagen. Weitere wichtige Elemente bilden das Freizeit-, Sport-, Kultur- und Einkaufsangebot, aber auch der Schutz der Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Eine gute Lebensqualität setzt voraus, dass dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Ebenso muss die soziale Sicherheit gewährleistet sein. Das heisst, dass ein soziales Auffangnetz besteht, in angemessener Form Hilfe zur Selbsthilfe geboten und die gesellschaftliche Integration unterstützt wird.	Die vielfältigen Qualitäten, welche Winterthur als Stadt mit hoher Lebensqualität auszeichnen, sind auf verschiedensten Ebenen weiter ausgebaut worden. Eine saubere Altstadt, gepflegte Parkanlagen, ein sicherer öffentlicher Raum, vielfältige Sportmöglichkeiten und vieles andere mehr tragen bei zur Lebensqualität. Viele städtischen Dienststellen haben in den vergangenen vier Jahren mit grossem Engagement dazu ihre Beiträge geleistet. Das Augenmerk wurde besonders auch auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ausgerichtet. Zum Beispiel darauf, dass für die Jugend und für die Quartierbevölkerung die Schulareale auch ausserhalb der Schule als Treffpunkte und Aufenthaltsorte zur Verfügung stehen. Oder dass für die ältere Generation die Gewissheit besteht, dank geeigneter Betreuungs- und Pflegeangebote möglichst lange eigenständig leben zu können. Zur Lebensqualität gehört aber auch, dass soziale Auffangnetze funktionieren, auch in einer Zeit, wo finanzielle Mittel knapp sind.
----	---	--

16	<i>Umsetzung</i>	
Sicherheit	Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wird durch spürbare Polizeipräsenz und eine Aufwertung der Quartierpolizei erhöht. Zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen und halb-öffentlichen Raum werden sowohl für das Stadtzentrum als auch für weitere Quartiere Massnahmenpläne erarbeitet. Vermehrte Verkehrssicherheit wird erreicht, indem die bestehenden Tempo-30-Zonen verbessert werden. Tempo 30 wird flächendeckend in dafür geeigneten Gebieten eingeführt. Die Sicherheit auf Schulwegen wird laufend den Verhältnissen angepasst.	Die Allgemeine Polizeiverordnung (APV) der Stadt Winterthur wurde einer Totalrevision unterzogen und mit Bestimmungen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt ergänzt. Die Quartierpolizei wurde aufgewertet und institutionalisiert, die polizeiliche Patrouillentätigkeit und die Verkehrskontrollen verstärkt. Durch spürbare Polizeipräsenz und vermehrten Kontakt mit betroffenen Bevölkerungskreisen wird die objektive Sicherheit erhöht und das Sicherheitsempfinden verbessert. Die Arbeitsgruppe "Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum" hat das Stadtgebiet auf Örtlichkeiten mit erhöhtem Gefahrenpotential untersucht. Örtlichkeiten mit einem gewissen Gefahrenpotential wurden in einem Massnahmenkatalog für Verbesserungen erfasst. Der entsprechende Kreditantrag für die Realisierung der Verbesserungen ist in Vorbereitung. Im Übrigen brachten schwerpunktmässige und zielgerichtete Kontrolltätigkeiten der Stadtpolizei Erfolg. Bei Stadtbus Winterthur wird am Hauptbahnhof und auf den Fahrzeugen, insbesondere im Nachtnetz, Sicherheitspersonal eingesetzt, was die Situation verbessert. Bei Neu- und Umgestaltungen im Freiraumbereich und bei der Pflege von öffentlichen Grünanlagen wird dem Sicherheitsaspekt vermehrt Rechnung getragen. Es wurden zahlreiche weitere Tempo-30-Zonen eingeführt; zusätzliche sind in Planung. Die flächendeckende Einführung in dafür geeigneten Gebieten bis Frühjahr 2006 ist vorbereitet. Die Schulwegsicherung ist eine Daueraufgabe der polizeilichen Präventionstätigkeit. Verkehrsinstruktion und optimierte Verkehrstechnik leisten einen wichtigen Beitrag.

Soziale Sicherheit

Der Rettungsdienst mit eingespielten Notfalldiensten hat eine hohe Effizienz und trägt damit wesentlich bei zu einem guten Sicherheitsempfinden.

Der Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen in Schulen, dem Vandalismus und der Kleinkriminalität wird entgegengewirkt. Die überdepartementale Zusammenarbeit zur Prävention und Konfliktlösung wird ausgebaut.

Das Kriterium der sozialen Verträglichkeit und die Ressourcenerhaltung für die Zukunft (Nachhaltigkeit) gelten als wichtige Rahmenbedingung für alle Dienstleistungen und Entwicklungsprojekte der Stadt.

Die Bereitschaft im Nachtdienst wurde erhöht; die Fahrzeugflotte verfügt über modernste, gut ausgerüstete Rettungswagen und erreicht die Hilfesuchenden in weniger als 15 Minuten. Der Rettungsdienst stellt mit den eigenen Notfallärztinnen und -ärzten die medizinische Notfallversorgung jederzeit sicher.

Der Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen inner- und ausserhalb des Schulbereiches, dem Vandalismus und der Kleinkriminalität wird mit dem neu geschaffenen Jugenddienst bei der Stadtpolizei entgegengewirkt.

Die zur Konfliktlösung eingerichtete interinstitutionelle Zusammenarbeit hat sich bewährt. Fachleute aus den Departementen Soziales, Schule und Sport, der Stadtpolizei und der Jugendanwaltschaft arbeiten in Krisensituationen eng zusammen, koordinieren die Fallführung und die zu ergreifenden Massnahmen.

Der Jugenddelegierte, dem unter anderem die Betreuung der offenen Jugendarbeit obliegt, sorgt dafür, dass Prävention und Massnahmen vernetzt erfolgen. Bewährt hat sich die überdepartementale Zusammenarbeit im Rahmen der Jugendkommission, wo Probleme gemeinsam, aber unter Einbezug verschiedener Sichtweisen, angegangen werden können (Arbeitsgruppe Prävention Jugendgewalt).

Sozialverträgliche Entwicklung einer Stadt heisst zum einen sicherzustellen, dass niemand durch die Maschen des sozialen Netzes fällt, zum anderen, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen gepflegt wird, um die Finanzierung der sozialen Sicherheit nachhaltig zu gewährleisten. Im Zusammenhang mit ersterem Themenkreis wurden beispielsweise die Bestrebungen, randständigen Menschen zu helfen, verstärkt (Umbau des Wohnheims der Heilsarmee, dafür Schliessung der Notschlafstelle, Unterstützung "Läbesraum" mit verstärktem Schwerpunkt niederschwelliger "Taglohn"-Arbeitsplätze).

Auf kantonaler und nationaler Ebene setzt sich der Stadtrat dafür ein, dass strukturelle Risiken wie Langzeitarbeitslosigkeit oder Familienarmut überkommunal aufgefangen werden.

Die gesellschaftliche Integration von Gruppen und Personen, die den Schritt in die selbständige Lebensführung vorübergehend verloren oder noch nicht geschafft haben, wird weiter gefördert.

Im Arbeitsmarkt und im Sozialwesen werden neue Modelle entwickelt und erprobt, um Betroffene schnellstmöglich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Aktive Mitwirkung bei der Städteinitiative Sozialpolitik und in weiteren nationalen und kantonalen politischen Gremien.

Im Sinne der Nachhaltigkeit wurden die Bestrebungen, Sozialhilfebeziehende wieder in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, intensiviert.

Das Programm Work-In bietet arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden ein umfassendes Assessment und Coaching zur Vermittlungsfähigkeit. Mittels stärkerer Anreize und Arbeitstraining gelingt nicht nur die gesellschaftliche, sondern auch die berufliche Integration.

Das Begleitprogramm Jump/Jumpina vermittelt zirka 50 Jugendlichen jährlich eine Anschlusslösung

Im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (Sozial- und Wirtschaftshilfe, RAV, Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte KAP) wurden neue Prozesse und Projekte entwickelt, welche zum Ziel haben, die Aufnahme von arbeitsfähigen Personen in die Sozialhilfe zu vermeiden.

Neue Projekte der KAP tragen der veränderten Arbeitsmarktlage Rechnung. Als Beispiel zu erwähnen ist die neue Werkstatt in Töss mit einem Stabilisierungsprogramm für Ausgesteuerte oder das Projekt „Passage“, bei dem arbeitsfähige Personen, die um Sozialhilfe nachsuchen, bei der KAP für einen Monat eine Arbeit mit Arbeitsvertrag und Lohn erhalten. So werden nur die Hälfte dieser Personen Sozialhilfebeziehende. Etwa 10% finden eine Stelle, wieder andere verzichten auf die Unterstützung durch die Sozialhilfe.

Eine erste Auswertung zeigt, dass diese Projekte massgeblich zur Entlastung der Sozialhilfe beitragen.

Die „Fabrikhalle Töss“ ist ein neues Aufbau-Projekt für Sozialhilfebeziehende, die noch nicht im Arbeitsmarkt bestehen können.

Die Jugendarbeitsprojekte wurden massiv ausgebaut. Das Angebot an Motivationssemestern für Schulabgänger/innen wird mit Vorse-

17 Pflege des öffentl. Raums	Die Stadtverwaltung bietet in angemessenem Rahmen Arbeitsplätze an für Personen, deren Leistungsfähigkeit beschränkt ist. Die Neugestaltung des Bahnhofplatzes zwischen Hauptpost und SBB-Aufnahmegebäude wird fertig gestellt. Die Anschlussprojekte östlich (Milchküchenareal) und westlich (Untertorplatz) werden ausgearbeitet. Der Neumarktplatz und der Katharina-Sulzer-Platz erhalten durch sorgfältige Ausgestaltung eine urbane Ausstrahlung. Unter dem Gesichtspunkt der Gemeinschaftlichkeit werden neue Grün- und Freiräume geschaffen (z.B. Eulachpark Oberwinterthur) und Quartieranlagen aufgewertet. Der öffentliche Zugang zu Gewässern und Grünbereichen wird generell verbessert; Grün- und Freiräume sollen vermehrt vernetzt werden (Projekte für den besseren Zugang zur Eu-	mestern und Praktika verbreitert. „Switch“, ein neues Projekt für Jugendliche im Familiennachzug mit Schwerpunkt Deutsch und Integration, wurde erfolgreich gestartet. Die Praktikumsangebote für Lehrabsolvent/innen sind dem Bedarf entsprechend verdreifacht worden. Verschiedene Dienststellen bieten Arbeitsplätze für Beschäftigungsprogramme, so der Forstbetrieb, die Städtischen Werke, das Strasseninspektorat und die Stadtgärtnerei. Die Gestaltung und Instandstellung des Bahnhofplatzes zwischen Hauptpost und SBB-Aufnahmegebäude wurde im Herbst 2003 fertig. In Koordination mit der Leitstelle Stadtbuss wird 2006 noch ein Infopunkt aufgestellt. Der Gestaltungsplan Milchküche liegt vor. Für die Instandstellung und Gestaltung des Untertorplatzes werden derzeit die Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. Die beiden Plätze sind fertig. Sie bilden markante neue Schwer- und Orientierungspunkte und ermöglichen die Durchführung von grösseren Veranstaltungen. Im Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher wurde eine Testplanung eingeleitet. Für den Bau des Eulachparks Oberwinterthur wurde ein Projektwettbewerb durchgeführt und ein Rahmenkredit beantragt. Für die Quartiere Brühlberg/Tössfeld wurde ein Freiraumkonzept erarbeitet. Verschiedene öffentliche Grünanlagen konnten ganz oder teilweise umgestaltet werden (Delphinplatz, Hermannpark, Lindengutpark). Kinderspielflächen wurden neu erstellt oder saniert (Steglitobel, Iberg, Büel). Die zur Zeit beschränkten finanziellen Mittel werden in erster Linie für bereits bewilligte oder dringliche werterhaltende Massnahmen eingesetzt.
---	--	---

lach und zum Mattenbach, Sanierung Walcheweiher, Feuchtbiootope Lindberg und Wolfensberg usw.).

Das Alleenkonzept wird weiterhin umgesetzt.

An verschiedenen neuralgischen Punkten der Stadt wird für bessere Sauberkeit gesorgt.

Das Stadtbild ist mit Sorgfalt zu pflegen und soll Lebensfreude ausstrahlen. Dazu gehören auch Einzelmassnahmen wie bessere Beleuchtungen, Beflaggungen oder Blumenschmuck.

Die Eulach soll auf der gesamten Länge des Eulachparks (rund ein halber Kilometer) zugänglich gemacht und aufgewertet werden. Bei Strassenbauprojekten wurde dem Aspekt der Vernetzung von Grünräumen durch die Pflanzung von meist heimischen Gehölzen und Bäumen Rechnung getragen (Sulzerallee, Frauenfelderstrasse, General-Guisan-Strasse).

Für das Gebiet Iberg/Eidberg wurde ein Vernetzungsprojekt ausgearbeitet.

Der obere Walkeweiher wurde saniert, Projekte für den mittleren und unteren Weiher sind in Erarbeitung. Der Nassbiotopverbund Lindberg ist realisiert, jener im Eschenberg weitgehend realisiert. Der Vogellehrpfad beim Bruderhaus ist erstellt.

Die FSC-Zertifizierung sämtlicher Waldstücke auf Stadtgebiet erfolgt ab Juni 2005.

Im Sinne des Alleenkonzeptes wurden rund 160 zusätzliche Alleenbäume gepflanzt.

Eine Arbeitsgruppe für Sauberkeit in Winterthur - bestehend aus dem Strasseninspektorat, dem Forstbetrieb, der Stadtgärtnerei und der Stadtpolizei - koordiniert die Pflege des Stadtbildes und führte verschiedene Kampagnen durch.

Die Anzahl Reinigungsdurchgänge in Parkanlagen wurde erhöht. Mit Schulen und Freiwilligen wurden zudem verschiedene Aktionen durchgeführt. Die Arbeitsgruppe Sauberkeit arbeitet mit der Stadtpolizei an präventiven wie auch repressiven Lösungen.

Verschiedene Dienststellen pflegen das Stadtbild und bemühen sich um Attraktivitätsverbesserungen. So wurden verschiedene Beleuchtungen von Gebäuden und Plätzen verbessert. Vor dem Stadthaus wurde die Anlage neu gestaltet und nach der Stadthausanierung werden dort auch Fahnenstangen installiert. Weiterhin wird auch ein Blumenwettbewerb durchgeführt. Bei besonderen Anlässen wird die Altstadt beflaggt.

Freizeit- und Sportangebote	Die Sportanlagen Deutweg und Geiselweid werden so geführt, dass sie die bestfrequentierten Anlagen der Nordostschweiz werden. Das attraktive Angebot an Trendsport-Möglichkeiten wird bei Bedarf ergänzt. Es wird ein Unterhaltskonzept für Sport- und Erholungsanlagen im Wald erstellt und umgesetzt. Für die weitere Entwicklung des Wildparks Bruderhaus als Begegnungsstätte sowie als Ort der Erholung und der Umweltbildung wird ein Konzept erarbeitet.	Die beiden Anlagen sind sehr gut frequentiert. Es existiert kein Benchmarking unter Sportanlagen-Betreibenden. Ob und in welcher Art die Sportanlagen Deutweg die bestgenutzten der Ostschweiz sind, ist deshalb mit vertretbarem Aufwand nicht zu eruieren. . Auf dem Parkplatz Auwiesen wurden neue Skateboardelemente beschafft und im Deutweg eine neue Beachvolleyballanlage erstellt. Die Zusammenarbeit erfolgt aufgrund zielführender Absprachen. Das Konzept liegt vor und die Umsetzung hat begonnen.
-----------------------------	---	--

Gesellschaft

Ausgangslage In der Stadt Winterthur lebt eine vielfältige Gesellschaft. Familien, Gemeinschaften und Einzelpersonen finden hier reiche Entfaltungsmöglichkeiten. Vereine und Interessengemeinschaften in grosser Zahl engagieren sich und beleben mit ihren Aktivitäten die Stadt. Dies trägt dazu bei, dass Winterthur heute zunehmend als attraktives urbanes Zentrum wahrgenommen wird. Wo Leute mit unterschiedlichen Haltungen, gegensätzlichen Interessen und aus verschiedenen Kulturkreisen zusammenleben, können Konflikte entstehen. Es gibt auch eine zunehmende Zahl von Menschen, die am relativ hohen Wohlstand nicht teilhaben können. In dieser multikulturellen Gesellschaft ist für ein funktionierendes Zusammenleben eine solidarische, auf gegenseitige Rücksichtnahme ausgerichtete Grundhaltung erforderlich.

Zielsetzung Gegenseitige Rücksichtnahme, Toleranz und Solidarität sind Haltungen, die in der Stadt Winterthur hochzuhalten sind. Es geht um die Pflege einer Atmosphäre des friedfertigen Zusammenlebens. Auf dieser Basis soll sich das vielfältige gesellschaftliche Leben weiterentwickeln. In diesem Zusammenleben spielt die Familie eine wichtige Rolle. Winterthur ist eine familienfreundliche Stadt und will sich in dieser Beziehung noch stärker profilieren.

Ein hoher Stellenwert kommt auch der Integration zu. Das bestehende Integrationsleitbild zeigt Wege auf, wie die ausländische Bevölkerung sich besser einleben kann in unserer Stadt. Laufende Integrationsanstrengungen sind aber auch für andere Bevölkerungskreise wie Erwerbslose, Stellensuchende, Jugendliche, Betagte, Behinderte oder Randständige nötig.

Im Bereich der Volksgesundheit soll die Prävention verstärkt werden. Ein hohes gesundheitliches Niveau der Bevölkerung

Die multikulturelle Gesellschaft ist eine grosse Herausforderung, der sich die städtischen Dienststellen sehr engagiert stellen.

Das Integrationsleitbild ist eine wichtige Grundlage für die Organisation der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Volksgruppen.

Der Ausländer/innen-Beirat hat nach einer Aufbauphase Tritt gefasst, nimmt öffentlich zu relevanten Themen Stellung und unterstützt den Stadtrat in seinen Entscheiden.

Wichtige Ansatzpunkte zur Erreichung dieser Zielsetzung haben die Schulen. Zum Beispiel mit dem Projekt QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen), aber auch mit andern integrativen Massnahmen. Es geht aber auch darum, die Chancengleichheit für alle anzustreben und zu gewährleisten. Diesbezüglich leisten die Geleiteten Schulen einen wichtigen Beitrag, indem sie die Elternarbeit fördern.

Die aufsuchende Jugendarbeit (Fortsetzung Pilotprojekt Mojawi) wurde mit der stationären Jugendarbeit in den Treffs besser vernetzt und trägt zur Integration der Jugend bei (Förderung des Verständnisses

	wirkt sich positiv auf das allgemeine Wohlbefinden aus und trägt zur Kostensenkung im Gesundheitswesen bei. In jeder Gesellschaft gibt es auch unliebsame Entwicklungen und Gefahren. Diesen muss mit einer verstärkten und vernetzten Prävention, insbesondere in den Bereichen Erziehung und öffentliche Sicherheit, entgegengetreten werden.	und der Kooperation zwischen den Generationen, Konfliktlösung und Vermittlung zwischen den Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Raums).
20	<i>Umsetzung</i> Die im Integrationsleitbild vorgesehenen Massnahmen werden umgesetzt (Ausländerbeirat, Kursangebote, Kulturdolmetscher usw.). Die möglichst rasche und dauerhafte Integration von Stellensuchenden und Erwerbslosen wird in amtsübergreifender Zusammenarbeit gefördert.	Die Fachstelle für Integration wurde zukunftstauglich umgebaut und mit einer vollamtlichen Integrationsbeauftragten besetzt, welche sich der Umsetzung des Integrationsleitbildes annimmt. Mit einem Pilotprojekt in Mattenbach wurde der Miteinbezug von Ausländerinnen und Ausländern in der Quartierarbeit erfolgreich eingeführt. Die Integrationsbibliothek der Stadtbibliothek ist ein gutes Beispiel für Integrationsarbeit an der Basis (fand schweizweit grosse Beachtung und wurde mit Preisen ausgezeichnet). Eine ganze Reihe von Dienststellen sind mit dieser Aufgabenstellung beschäftigt. Dank gezielter Vermittlungstätigkeit und praxisbezogenen Arbeitsprojekten wird den Beschäftigungslosen der Ein- oder Wiedereinstieg in ein reguläres Arbeitsverhältnis erleichtert. Erfolgreich sind die Einzeleinsätze und Praktika im Bereich der vielfältigen Arbeitsprojekte der KAP, welche weiter ausgebaut wurden. Erfreulich sind auch die erfolgreichen Vermittlungsquoten der stark erweiterten Jugendprojekte.
Solidarisches Zusammenleben und Integration		

Familien- freundliche Stadt	Für die aktive Anerkennung und Förderung der Freiwilligenarbeit werden vermehrte Anstrengungen unternommen. Das Angebot der ausserfamiliären Betreuungseinrichtungen wird dem Bedarf angepasst. Zu diesem Zweck unterstützt die Stadt vor allem private Initiativen, prüft neue Modelle der Zusammenarbeit und Finanzierung und stellt auch für das eigene Personal Plätze sicher.	Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (Sozialberatung, RAV, KAP und Berufsberatung) ist strukturiert und eingeführt. Es wird alles daran gesetzt, dass das ‚kantonale‘ RAV weiterhin Teil dieses Netzes bleibt. Zum einen können heute Arbeitsmöglichkeiten im ergänzenden Arbeitsmarkt angeboten werden, welche die Arbeitsmarktfähigkeit von Stellensuchenden erhalten oder wiederherstellen helfen. Zum anderen finden im Rahmen der Sozialberatung gezielte Integrationsbestrebungen statt. Mit den neuen SKOS-Richtlinien wird das freiwillige Engagement von einsatzwilligen Sozialhilfebeziehenden honoriert mit einer Integrationszulage, was einen willkommenen Anreiz zu gemeinnütziger Tätigkeit bedeutet. Der Alterstreff im Königshof, basierend auf Freiwilligenarbeit, konnte gesichert werden. Die Schaffung von 10 Plätzen in der Arbeitgeberkrippe "Chäferfäscht" ist erfolgt, sie erfreuen sich guter Nachfrage. Nun verfügt auch Wülflingen über ein subventioniertes Krippenangebot. Die Kombination mit dem Kinderhort als integrale Kinderbetreuungsstätte im Quartier bildet eine Neuheit in Winterthur und bewährt sich. Die Krippenbeiträge sind prozentual angehoben worden. Neu ist die Einkommensgrenze für eine Subventionierung des Betreuungsplatzes reduziert worden. Um Synergien besser nutzen und Standards einheitlich anwenden zu können, wurden die Aufgaben im Zusammenhang mit der Subventionierung von Kinderkrippen vom Departement Soziales ins Departement Schule und Sport verschoben, wo bereits die Aufgaben im Zusammenhang mit Kinderhorten wahrgenommen werden.
-----------------------------------	--	---

Für die Jugend und für das Alter	Es wird ein Angebot für Elternbildung geschaffen, vor allem auch für «bildungsfernere Kreise».	Das Jugendsekretariat bedient alle Eltern nach der Geburt ihres ersten Kindes bis zum dritten Lebensjahr in monatlichen Abständen mit den Elternbriefen der Pro-Juventute. Ferner werden je nach Alter des Kindes wichtige zusätzliche Elterninformationen von städtischen Angeboten beigelegt. In den Quartierberatungsstellen der Mütter-/Väterberatung werden regelmässig unter der Leitung einer Elternbildnerin Elterngesprächsgruppen angeboten.
	Bei Wohnüberbauungen wird im Baubewilligungsverfahren darauf hingewirkt, dass ausreichende kinder- und familienfreundliche Strukturen geschaffen werden.	§ 248 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) schreibt vor, dass bei der Erstellung von Mehrfamilienhäusern in angemessenem Umfang verkehrssichere Flächen als Kinderspielplätze, Freizeit- und Pflanzgärten oder - wo nach Zweckbestimmung der Gebäude ein Bedarf besteht - als Ruheflächen auszugestalten sind. Die Bau- und Zonenordnung (BZO) der Stadt Winterthur verdeutlicht den Artikel des PBG insofern, als bei Mehrfamilienhäusern, die Familienwohnungen mit drei und mehr Zimmern aufweisen, Kinderspielplätze oder Ruheflächen herzurichten sind, deren Grundflächen mindestens 3 m² je Wohnraum betragen muss. Die Baubehörde hat Wert darauf gelegt, dass diese Mindestvorgaben in den grossen Überbauungen Wasserwiesen und im Gern übertroffen werden.
	Die Kinder- und Jugendarbeit (Beratung, Hilfe, Prävention, Therapie und Animation) wird inhaltlich, organisatorisch und strukturell überprüft und den Anforderungen angepasst.	Zur Überprüfung sämtlicher Angebote der offenen Jugendarbeit wurden alle Akteure einbezogen, um Synergiepotentiale, Doppelspurigkeiten oder Lücken zu ermitteln. Als Ergebnis liegt ein Bericht mit Konzept, Massnahmen und Förderungsschwerpunkten vor. Ziel ist u.a. eine Stärkung der Quartierjugendarbeit, der Ausbau der mobilen Jugendarbeit, die Erschliessung und Sicherung von öffentlichen Räumen für Jugendliche und deren Aktivitäten und die Verbesserung der Schnittstelle zur Jugendhilfe und Berufsintegration. Die Angebote sollen konsequent auf beide Geschlechter ausgerichtet werden.
	Kinder- und Jugendparlamente werden unterstützt, sofern dafür eine tragfähige Basis besteht.	Nachdem sich das frühere Jugendparlament aufgelöst hatte, kam es 2005 zu einem Ansatz für eine Neugründung. In verschiedenen Schulen sind Schülerräte und andere Formen der

Für die ältere Bevölkerung wird ein ausreichendes, zeitgemäßes und differenziertes Angebot an Wohn- und Pflegeeinrichtungen bereitgestellt. Dabei wird die Wahlfreiheit der Betroffenen so weit wie möglich sichergestellt. Betagte sollen möglichst lange selbstbestimmt leben können und ihre persönlichen Ressourcen sollen erhalten und gefördert werden.

Partizipation vorhanden.

Das Konzept für die Kinder- und Jugendpartizipation in Winterthur sieht breite Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche vor. Kinder und Jugendliche sollen zur Mitsprache, Mitentscheidung und Mitgestaltung ermutigt und aufgefordert werden. Wo nötig, werden dazu die notwendigen Mittel und Strukturen von der Stadt bereitgestellt und auch an den Schulen werden Mitwirkungsmöglichkeiten und -plattformen eingerichtet. Der Jugenddelegierte wirkt als Kontakt- und Hilfsstelle, auch zu den Trägerschaften in den Quartieren.

Die eingeleitete Überarbeitung der Altersplanung 2010 erlaubte Aussagen über den quantitativen Bedarf an Plätzen in Alterseinrichtungen in der Stadt Winterthur. Es wurde die Erarbeitung eines Masterplans in Auftrag gegeben, dem Szenarien und Planungsgrundlagen für nötige Investitionstätigkeiten in den städtischen Alters- und Pflegeeinrichtungen zu entnehmen sind. Grosses Gewicht wurde auf den Ausbau der Möglichkeiten zum selbständigen Wohnen im Alter gelegt. Mit der Einrichtung zusätzlicher Pflegewohngruppen und der Schaffung neuer Wohngelegenheiten mit Nähe zu Infrastruktur und Pflege (Betreutes Wohnen) hat man neue Möglichkeiten für die Pflege im Alter geschaffen und gewährleistet eine Wahlfreiheit für betagte Menschen. Diese neuen Wohnformen sollen älteren Menschen gleichzeitig Privatsphäre und selbständige Lebensführung wie auch Sicherheit im Bedarfsfall bieten.

Der Stadtrat sah sich angesichts der nicht kostendeckenden Pflegebeiträge der Krankenversicherung und der unter anderem dadurch verursachten hohen Defizite der Alters- und Pflegeeinrichtungen veranlasst, die Tarifstrukturen anzupassen. Zudem wurde ein umfassender Reorganisationsprozess eingeleitet, der eine Optimierung der Strukturen und eine Defizitminderung bringen wird.

Gesundheit
und Präven-
tion

Im Gesundheitsbereich werden die verschiedenen Fachstellen der Stadtverwaltung unter der Leitung eines stadträtlichen Ausschusses «Gesundheit und Prävention» besser koordiniert.

Mit verstärkter Sportförderung wird die Gesundheitsprävention unterstützt.

Mit Beschluss vom 16. Juni 2004 hat der Stadtrat dem Departement Soziales den Auftrag erteilt, eine Kommission "Gesundheit und Prävention" zu bilden. Die Aufbauarbeiten sind im Gang.

Sportförderung ist in der Regel auch Gesundheitsprävention. Im Vordergrund stand die Verbesserung der Sportinfrastruktur (Sanierung der Freibäder Wolfensberg, Töss und Wülflingen, von Fussballplätzen, Turnhallen, Trendsportanlagen usw). Zweiter Schwerpunkt sind die eigentlichen Sportfördermassnahmen (z.B. Information der Bevölkerung über die Sportangebote, kostenloser Schwimmunterricht im Hallenbad, Ausbau des Sportpasses).

Weitere Massnahmen: Kooperation mit kommerziellen Sportanbietenden, Subventionen für Veranstaltungen von grosser Tragweite, Jugendsportförderung, Spezialangebote für Schulen (Stars in der Schule, Schneesporttag, Tössstaffette), grosses Angebot an freiwilligem Schulsport.

Die StWW engagieren sich im Ausdauersport: Gigathlon 2002, Winti-Marathon, Swisspower-Cup (MTB), "Schnällscht Winterthurer".

Anhang: Planungsbeschlüsse des Grossen Gemeinderates

Der Grosse Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 20. Januar 2003 zustimmend von den Legislatorschwerpunkten 2002-2006 des Stadtrates Winterthur Kenntnis genommen und als Anhang dazu folgende sieben Planungsbeschlüsse gutgeheissen:

1. *„Die Wohnbautätigkeit durch Private und Genossenschaften wird gefördert. In den nächsten sechs Jahren sollen auf dem Gebiet der Stadt Winterthur 3'000 neue Wohneinheiten erstellt werden. Angestrebt werden Überbauungen mit guter Durchmischung, aber auch Angebote für urbanes Wohnen und gehobene Ansprüche.“*

(Ergänzung/Präzisierung zu „Förderung der Wohnstadt“, Seite 9)

2. *„Bietet die Stadtverwaltung ihre Dienstleistungen anderen Gemeinden an, müssen diese gewinnbringend sein.“*

(Ergänzung zu „Zielsetzung“, Seite 3, letzter Abschnitt)

Durch den aktiven Verkauf von Liegenschaften konnte ein namhafter Beitrag zur Wohnbautätigkeit geleistet werden. Die Arealverkäufe Schenkelwiese Süd, Tägelmoos und Zelgli konnten erfolgreich vorangetrieben werden. Mit den Vorhaben Schenkelwiese Süd und Zelgli werden Angebote für gehobene Ansprüche realisiert.

Gemäss Erhebungen des Departements Bau wurden 2002 189 Wohnungen, 2003 596 Wohnungen und 2004 993 Wohnungen erstellt. Mit den Entwicklungen der städtischen Areale Zelgli, Schenkelwiese und Tägelmoos und der weiterhin anhaltend starken Wohnbautätigkeit dürften die angestrebten 3'000 Wohneinheiten in sechs Jahren überschritten werden.

Generell besteht die Vorgabe, dass Dienstleistungen für andere Gemeinden nicht nur kostendeckend erbracht werden, sondern gewinnbringend sind.

Nicht möglich ist dies bei den Leistungen im Zivilstandswesen für die Bezirksgemeinden, wo nur kostendeckend verrechnet werden kann, da die Bezirksgemeinden vom Bund zu einem Zusammenschluss gezwungen wurden.

3. *„Es geht um die Erhöhung des Busangebotes, den Bau der S-Bahnstation Hegi, die übergeordneten Fuss- und Radwegverbindungen sowie die Ausarbeitung eines konkreten Bauprojekts für die Entlastungsstrasse Oberwinterthur unmittelbar nach erfolgtem Richtplaneintrag.“*

(Ergänzung/Präzisierung zu „Ausbau der Verkehrserschliessung“, Seite 8/9)

4. *„Die musikalische Bildung soll in Schule und Freizeit gefördert und unterstützt werden.“*

(Ergänzung zu „Bildungsstandort Winterthur“, Seite 12)

Es kann aber auch Fälle geben, wo der Vorgabe einer „gewinnbringend“ erbrachten Dienstleistung das durch übergeordnetes Recht normierte Kostendeckungsprinzip entgegensteht. Im Fall der KVA strebt der Stadtrat an, die volle Kostendeckung zu erreichen.

Es ist nicht realistisch, dass innerhalb der Legislatur ein konkretes Bauprojekt für die Entlastungsstrasse Oberwinterthur ausgearbeitet wird. Sowohl der Richtplaneintrag wie auch die weitere Planung einer Strasse im Umfang von 50 – 100 Mio. Franken benötigen viel mehr Zeit. Mit einer Realisierung der Strasse ist nicht vor 2014 zu rechnen.

Zudem ist darauf hinzuweisen, dass heute die Südostumfahrung der A1 priorisiert wird bzw. der Bau einer ersten Etappe vom Zentrum Oberwinterthur zur Grüze, was die Erstellung der Entlastungsstrasse Oberwinterthur erübrigen würde.

Leistungsverbesserungen beim öV:

- Neue Buslinie 12 (Hauptbahnhof – Eschenberg – Bruderhaus)
- Neue Buslinie 14 (Hauptbahnhof – Hegi)
- Neue Linienführung der Buslinie 5 (Hauptbahnhof – Technorama) über die Rudolf Dieselstrasse
- Neue Linienführung der Buslinie 9 (Seen – Iberg) über Bhf Seen bis nach Iberg
- Nachtangebot Freitag/Samstag und Samstag/Sonntag

Punktuelle Fahrplanverbesserungen auf dem Stadt- und Überlandnetz.

Die Stadt Winterthur bietet allen Schülerinnen und Schülern der ersten Klasse eine Lektion musikalische Grundschule innerhalb der Blockzeiten an, im Gegensatz zu anderen Gemeinden ist dies kostenlos. In der zweiten Klasse kann die musikalische Grundschule freiwillig weiter besucht werden, wobei Elternbeiträge erhoben wer-

5. *„Die Schwimmbäder als attraktive Sport- und Freizeitanlagen werden saniert. Durch zusätzliche attraktive Angebote soll deren Auslastung erhöht werden.“*

(Ergänzung zu „Freizeit- und Sportangebote“, Seite 17)

den.

Ab der zweiten bis zur vierten Klasse besteht die Möglichkeit, den Blockflötenunterricht zu besuchen. Im ersten Spieljahr beträgt der Elternbeitrag 80 Franken, im zweiten und dritten je 160 Franken. Kinder, die intensiv ein Instrument spielen wollen, besuchen Instrumentalunterricht bei der Jugendmusikschule oder einer anderen privaten Musikschule. Dieser wird von der Stadt im Rahmen der kantonalen Musikschulverordnung unterstützt.

Während der Mittel- und Oberstufe können die Klassen von jährlich stattfindenden Orchesterpräsentationen und Schulhauskonzerten profitieren. Professionelle Musikerinnen und Musiker treten in den Schulen auf und erklären den Schüler/innen die Instrumente und das Funktionieren eines Orchesters. Ergänzend veranstaltet jeweils das Musikkollegium ein Freikonzert speziell für Familien.

Das musikalische Angebot für Schulen musste durch die Zentralschulpflege per Schuljahr 2005/06 zur Umsetzung einer Sparmassnahme etwas reduziert werden. Vorher bestand die Möglichkeit, auch noch während der 5. und 6. Klasse Blockflötenunterricht zu nehmen. Auch wurden die Schulhauskonzerte bzw. Orchesterpräsentationen auf eine Veranstaltungsserie pro Jahr an Stelle von zwei reduziert.

1998 wurde das Becken im Schwimmbad Wolfensberg saniert, 2003 jenes im Schwimmbad Töss und 2005 dasjenige im Schwimmbad Wülflingen. Im Rahmen einer win.03-Massnahme wurde das Bäderkonzept 1996 aktualisiert. Der Stadtrat nahm im April 2005 den "Bericht 2005 zum Bäderkonzept 1996" zur Kenntnis und beauftragte das Departement Bau, ein Projekt zur Sanierung des Freibads Geiselweid auszuarbeiten. Die Kosten sind grösstenteils gebunden. Die Sanierung ist auf den Winter 2007/08 geplant.

Aus Rücksicht auf den Investitionsplan und auf weitere Investitionsvorhaben können nicht gleichzeitig zwei Bäder saniert werden. Das Freibad Oberwinterthur ist baulich in einem komfortableren Zustand als es die anderen Quartierbäder und das Freibad Geiselweid waren. Über die Sanierung wird deshalb erst nach Abschluss der Arbeiten im Geiselweid entschieden.

	6. <i>„In Neubaugebieten sollen für die Jugendlichen Spielwiesen / Sportflächen zur Verfügung stehen. Dies ist bei der Planung von Neubaugebieten zu berücksichtigen.“</i> (Ergänzung zu „Familienfreundliche Stadt“, Seite 20) 7. <i>„Die Städtischen Werke bauen ihr Angebot an Energiedienstleistungen aus und stärken den Bereich Contracting als gutes Beispiel von Public-Private-Partnership.“</i> (Ergänzung zu „Optimale Rahmenbedingungen“, Seite 8)	Betreffend Kinderspielplätzen gelten die gesetzlichen Bestimmungen PBG und BZO. Zusätzliche Spielwiesen und Sportflächen sind in der Regel im Rahmen von Schulbau- oder Sportanlagenprojekten zu realisieren. Der Spielplatz mit Fussballwiese in Iberg wird in den nächsten Monaten durch die Stadtgärtnerei vollendet. Das Energiecontracting wurde massiv ausgebaut (Absatz 2002 1172 MWh, 2005 39000 MWh). Die Zahl der Kunden und Kundinnen wurde von 1 (2002) auf 80 (2005/2006) gesteigert.
--	--	--